

Handout zum Pressegespräch

3. August 2022

Transformation machen, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen sichern

I. Die Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung steht im Fokus

- ▶▶ Mit den Drosselungen der Gaslieferungen in den letzten Wochen ist aus der Abhängigkeit eine **neue Bedrohung** geworden – das Szenario einer konkreten Gasnotlage in Deutschland ist realistisch geworden.
- ▶▶ Die drastische Preisentwicklung beim Gas wird sich immer weiter auf die Preise für die Dinge des täglichen Bedarfs auswirken und ist eine **drängende soziale Herausforderung**, die alle Menschen in unserem Land stark umtreibt. Die erwartete Gasumlage für den Herbst wird wiederum mit Kostensteigerungen einhergehen.
- ▶▶ Gerade Menschen mit kleinen Einkommen, Alleinerziehende, Studierende und Rentnerinnen und Rentner brauchen **Entlastungen und weitere Unterstützung**, um sie mit hohen Kosten nicht alleine zu lassen.
- ▶▶ Die Landesregierung ist jetzt dringend gefordert, ihren Teil dazu beizutragen, die Lasten abzumildern und die Energieversorgung hierzulande zu sichern.

II. Der Koalitionsvertrag ist für diese Krisensituation unzureichend

Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag wurde bereits vor dem Hintergrund des Krieges verhandelt. Auf die daraus resultierenden Krisenszenarien gibt er jedoch keine Antworten. Zum Beispiel:

- ▶▶ **Keine Maßnahmen zur Sicherung von Jobs und Bruttowertschöpfung:** Schon im April 2022 legte das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung im Zuge der Diskussion um einen Energieboykott die Studie „Regionale Effekte einer durch einen Lieferstopp für russisches Gas ausgelösten Rezession in Deutschland“ vor.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- ▶▶ Für Nordrhein-Westfalen wurde im Fall des Gasstopps ein Rückgang der Bruttowertschöpfung um 40,8 Mrd. Euro (minus 6,6 Prozent) berechnet. 592.000 Jobs seien dadurch allein in NRW gefährdet.¹ Von der Landesregierung fehlt hierzu bisher jede Initiative.
- ▶▶ **Mangelndes Engagement bei der Energieeffizienz:** Kaum ein Wort verlieren die schwarz-grünen Koalitionäre in ihrem Vertrag über die zu organisierende Wärmewende im Land. Neben dem oft diskutierten Einbau von Wärmepumpen geht es vor allem um die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden. Energieeffizienz heißt nicht nur Dämmung von Gebäuden, sondern auch Eindämmung der Energiekosten.
- ▶▶ **Passive Industriepolitik:** Eine aktive Politik zur Sicherung des Industriestandorts NRW sucht man im Koalitionsvertrag ebenfalls vergebens. Die im Bund organisierte staatliche Beteiligung beim Düsseldorfer Energieunternehmen Uniper zur Stabilisierung der Energieversorgung ist richtig und könnte eine Vorbild für die NRW-Landesregierung sein. Aber Unternehmen wie Thyssenkrupp Steel oder Vallourec werden ihrem Schicksal und damit dem Markt überlassen. Beherztes Vorgehen Fehlanzeige.

Darüber hinaus sind auch seit Amtsantritt bisher wenig bis gar keine eigenen Initiativen der Landesregierung erkennbar. **Offenbar ist sie bereits im Sommer in den Winterschlaf verfallen.** Das können wir uns in diesem Jahr noch weniger leisten als je zuvor. Diese Krise verlangt schnelles und entschlossenes Handeln.

III. Was jetzt zu tun ist

- ▶▶ **Anreize für Auszubildende durch Prämien schaffen**
Für die Energiewende fehlen zu viele Hände. Bereits 2020 wurden der Bundesagentur für Arbeit zufolge allein in den energierelevanten Bereichen Energietechnik, Elektrotechnik und Klimatechnik bundesweit zeitweise rund 21.400 Fachkräfte gesucht. Eine Erhebung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks für dasselbe Jahr hat zudem gezeigt, dass im Gesamthandwerk 44 Prozent der Betriebe fachlich qualifizierte Mitarbeiter suchten. Nur 22 Prozent wurden fündig.²

¹ Holtemöller/Lindner/Schult: Regionale Effekte einer durch einen Lieferstopp für russisches Gas ausgelösten Rezession in Deutschland, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hg.): IWH Policy Notes 1/2022, S. 6, unter: https://www.iwh-halle.de/publikationen/detail/regionale-effekte-einer-durch-einen-lieferstopp-fuer-russisches-gas-ausgelosten-rezession-in-deutschl/?tx_iwh_publication%5Bcontroller%5D=Publication&cHash=0cbc8d214bdcdf8ece5432027ad097bc [28.07.2022].

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/energiewende-fachkraeftemangel-101.html>

#SozialerFortschritt

Für die Vielen,

nicht die Wenigen.

In NRW gab es zu Beginn des Ausbildungsjahres für 107.000 Stellen nur 98.000 Interessierte. Gleichzeitig suchen aber rund 35.000 junge Menschen in NRW noch einen Ausbildungsplatz.³ Hier ist die Landesregierung gefordert, mehr Anreize zu schaffen. Wir schlagen daher vor, dass die Landesregierung Prämien (z.B. für ein 13. Gehalt) für alle zahlt, die jetzt kurzfristig noch eine Ausbildung in den energierelevanten Bereichen (v.a. Handwerk) starten bzw. gestartet haben. Zudem sollte sie allen Gesell*innen und Meister*innen, die eine Weiterbildung z.B. zu Solartechniker*innen oder Fachberater*in zu Speichertechnik machen oder anstreben, die Kursgebühren nach erfolgreicher Prüfung erstatten (z.B. in Form von Weiterbildungsgutscheinen).

▶▶ **Verantwortung übernehmen und für Energiesicherheit sorgen:**

Die Landesregierung muss Verantwortung übernehmen und rechtzeitig Vorsorge für den Fall treffen, dass eine Gasmangellage eintritt. Dazu muss sie ein konkretes Einsparziel benennen und Wege aufzeigen, wie es erreicht werden kann. Wir brauchen in der Landesregierung jetzt eine Task Force, die mit Energieversorgern in Austausch tritt und Kommunen Mittel zur Verfügung stellt, um Strom- und Gassperren möglichst zu vermeiden.

Ein Rettungsschirm für kommunale Stadtwerke ist da eine richtige Maßnahme – dieser muss jetzt aber schnell kommen und auch für energieintensive Handwerk und Industrie (z.B. Bäckereien, Glaswerke) zur Verfügung stehen.

▶▶ **Energiegipfel einberufen – Informationskampagne starten**

Wir brauchen einen Krisengipfel zur Energiesicherheit. Land, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände müssen an einen Tisch. Andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen oder Baden-Württemberg haben sich längst mit gesellschaftlichen Gruppen getroffen, Maßnahmen entwickelt und veröffentlicht. Die Landesregierung muss endlich einen Schulterschluss organisieren und auch eine Informationskampagne auf den Weg bringen: Was kann die Wirtschaft leisten, um das Einsparziel zu erreichen? Was können Land und Kommunen beitragen, was jede und jeder einzelne? Und wie werden sie dabei unterstützt?

³ <https://www1.wdr.de/nachrichten/auszubildende-azubi-lehrstellen-ausbildungsjahr-100.html>

▶▶ **Bürgerinnen und Bürger an Energiewende teilhaben lassen**

Der Winter wird hart. Gemeinsam können wir es schaffen, dass danach etwas Besseres kommt, an dem alle teilhaben können. Dazu muss die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger aber auch befähigen. Energieberatung und Information sind hierfür zwingend notwendig. Es geht aber auch darum, sie an der Energiewende praktisch und finanziell teilhaben zu lassen – nicht nur durch Beteiligungen beim Windkraftausbau, sondern auch im Quartier und im Zuhause. Unsere Potenzialstudie zu einem landesweiten Roll-out von Innovation City Bottrop zeigt: Eine Ausweitung auf über 100 Quartiere würde über zehn Jahre eine Bruttowertschöpfung von 16 Mrd. Euro im Land erzeugen, etwa 23.000 Jobs zusätzlich schaffen und schädliche Klimagase um 5,7 Mio. t pro Jahr senken – das sind etwa 2,5 Prozent der NRW-Emissionen. Hinzu kommen die individuellen finanziellen Einsparungen sowie ein dauerhaft gesenkter Energiebedarf. Der Startschuss zu so einem umfassenden Programm muss jetzt fallen.

▶▶ **Industriepolitik endlich aktiv betreiben**

Das Beispiel Uniper zeigt: Es geht, wenn man will. Was für die Energiebranche gilt, muss deshalb auch für die Stahlindustrie gelten. Das Land darf nicht weiter zuschauen und die Entwicklungen dem Markt überlassen. Der von uns schon lange geforderte Stahlgipfel muss jetzt kommen und konkrete Unterstützungsmaßnahmen der Landesregierung mit sich bringen. Unser Instrument dafür ist lange bekannt: Ein Transformationsfonds, der die Betrieb bei der Umstellung auf erneuerbare Energieträger oder auf Kreislaufprozesse durch strategische Beteiligung unterstützt. Die Idee zu klauen ist ausdrücklich erlaubt.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.